



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

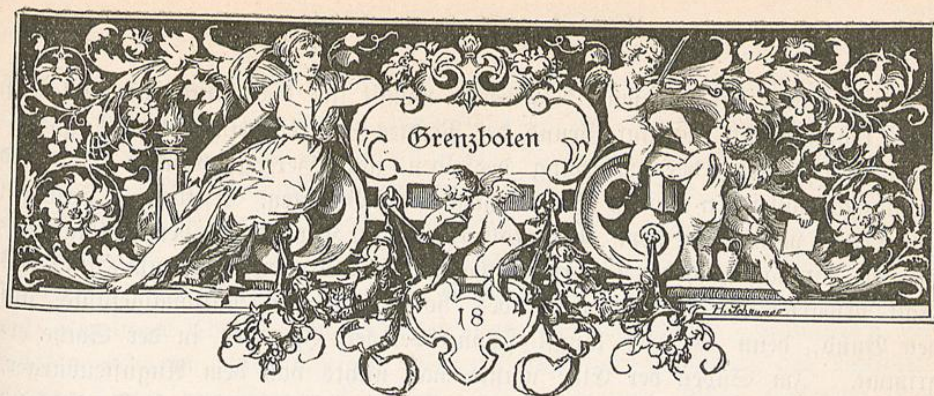
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Bismarck und Schleswig-Holstein. 1

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Bismarck und Schleswig-Holstein

1



Die diplomatische Kampagne, auf die ich am stolzesten bin, ist doch die für Schleswig-Holstein, sagte Bismarck einmal und begründete dieses Urteil mit den zahlreichen Hindernissen und Segnern, die seine unvergleichliche Politik damals zu beseitigen und zu überwinden gehabt hatte. Jetzt berichtet uns Heinrich v. Sybel darüber in dem kürzlich erschienenen dritten Bande seines Buches: Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I. (München und Leipzig, K. Oldenbourg), von dessen Wert und Bedeutung wir hier nur so viel sagen wollen, daß sie sowohl hinsichtlich der Quellen als der Behandlung dem Werte und der Bedeutung der beiden frühern Bände des Werkes gleichkommen. Namentlich die einleitenden Abschnitte über die Phasen der schleswig-holsteinischen Frage vor Beginn ihrer endgiltigen Lösung durch Bismarcks genialen Blick und kunstreiche Hand sind Muster lichtvoller und wohlgeordneter Darstellung eines vielfach dunkeln und wirren Gegenstandes. Unser Interesse beanspruchen aber vor allem die Vorbereitung und die ersten diplomatischen Wendungen bei dieser Lösung, und da wir meinen, es werde auch den Lesern lieb sein, zu erfahren, auf welche seiner Leistungen der nun von seiner Arbeit für die Größe Preußens und ganz Deutschlands ins Privatleben zurückgetretene erste Staatsmann des Jahrhunderts einmal besonders stolz war, so lassen wir den wesentlichen Inhalt der betreffenden Kapitel hier in Auszügen mit einigen Erläuterungen folgen.

In Kopenhagen hatte der neue König Christian, von einer Revolution bedroht, die eiderdänische Novemberverfassung unterschrieben und damit gegen das alte Recht der Herzogtümer und die neuere Übereinkunft in Betreff Schleswigs grob verstoßen. Die Antwort seiner deutschen Lande darauf war

Grenzboten II 1890

25

der Ruf: „Los von Dänemark!“ gewesen, womit sich die Ansicht verband, daß die Trennung sich nur auf Grund des Rechtes des Erbprinzen von Augustenburg und mittelst der Erhebung desselben zum Herzog zwischen Elbe und Königsau vollziehen könne. Die Mehrzahl der Beamten, Geistlichen, Schulzen und Lehrer verweigerte dem „Protokollprinzen“ in Kopenhagen den Huldigungseid, die Landtage und die Ritterschaft baten den deutschen Bund um Hilfe, das Volk erwartete sie vom Drucke des hochaufgeregten Nationalgefühls auf den Bund, denn es war längst schon über sein Zaudern in der Sache ergrimmt. Im Süden der Elbe wußte man nichts von dem Augustenburger, als daß er 1848 auf der nationalen Seite mitgefochten und daß Deutschland damals das agnatische Recht anerkannt hatte. Daß er jetzt damit hervortrat, machte um so mehr Eindruck, als sein Schritt mit dem ärgsten Vertragsbruche der Eiderdänen zusammenfiel. Man habe es erlebt, hieß es in allen Organen der öffentlichen Meinung Deutschlands, daß bei jeder Form der Verbindung zwischen Dänemark und den Herzogtümern weder Vertrag noch Grundgesetz den letztern sichern Rechtsschutz gewähre. Die einzige Rettung der deutschen Ehre liege in der völligen Losreißung Schleswig-Holsteins vom dänischen Gesamtstaate; in dieser Sache gingen die Forderungen fürstlicher Legimität, volkstümlicher Freiheit und nationaler Würde wie in keiner andern Hand in Hand. Der Gedanke, daß es vielleicht außer der Thronfolge der Augustenburger noch andre und zwar bessere Wege zur Beseitigung der Dänenherrschaft in den Herzogtümern gebe, lebte unter all den Millionen deutscher Patrioten nur in einem, und dieser verschwieg ihn einstweilen vorsichtig. Sonst schien aller Welt für die Schleswig-Holsteiner nur eine Wahl möglich: zwischen Augustenburg und der Fortdauer des dänischen Soches. Den deutschen Fürsten aber war das Londoner Protokoll von 1852 immer verhaßt gewesen; denn wenn eine Konferenz der Großmächte in dieser Angelegenheit zur Regelung einer fürstlichen Thronfolge befugt war, welches deutsche Herrscherhaus war dann bei einem künftigen Streitfalle seines Thrones sicher? So folgten sich alle Tage Kundgebungen der kleinstaatlichen Regierungen und der Volksstimmung für den Augustenburger. In Baden wurde seinem Vertreter beim Bunde gestattet, Vollmachten auch vom „Herzog Friedrich VIII.“ anzunehmen und als dessen Wortführer bei der Bundesversammlung Einspruch gegen jede Verletzung seiner Regierungsrechte einzulegen, was am 16. November geschah. Tags darauf protestirte Oldenburg gegen die Thronfolge Christians IX. in Schleswig-Holstein. Am 18. beantragte der gesetzgebende Körper Frankfurts beim Senate die Anerkennung Herzog Friedrichs, am 19. vollzog sie der Herzog von Koburg seinerseits, am 20. interpellirte der österreichische Abgeordnete Rechbauer seine Regierung über Schleswig-Holsteins Befreiung. Am 23. brachten die Liberalen des preussischen Abgeordnetenhauses Anträge auf Anerkennung des Herzogs Friedrich ein. Am folgenden Tage theilte Beust der zweiten sächsischen Kammer mit, die

Regierung beantrage beim Bunde die Nichtzulassung des dänischen Gesandten und die Besetzung Holsteins durch Bundestruppen bis zur Entscheidung der legitimen Thronfolge durch den Bund. Am 25. sprach die erste Kammer einstimmig ihre Befriedigung darüber aus. Am 26. erklärte sich die Kammer in Darmstadt für das Recht der Herzogtümer, ebenfalls einstimmig, und der Minister v. Dalwigk stimmte dem am 27. zu. In der württembergischen Kammer äußerte sich der Minister v. Hügel ähnlich, nur etwas vorsichtiger. Daneben ein gewaltiger Chorus von Vereinen und Versammlungen, Stadträten und Stadtverordneten und sonstigen Körperschaften; der Ausschuß des Nationalvereins sandte dem Herzog Friedrich seine Huldigung. Man sammelte Geld für seine Regierung, man sprach von der Bildung von Freischaren für sie. Die so lange angesammelte und verhaltene Masse nationalen Zornes machte sich in brausendem Ausbruche Luft, die Fürsten hätten ihm nicht widerstehen können, auch wenn sie anders gesinnt gewesen wären, und welcher fremde Gegner konnte, so meinte das Volk, es wagen, dieser einmütigen Begeisterung aller großen Parteien sich in den Weg zu stellen? Nur die kleinen Gruppen der äußersten Linken standen verdrossen abseits und spotteten über den Lärm, mit dem sich die deutsche Nation zu ihren dreißig Kleinfürsten durchaus noch einen einunddreißigsten anzuschaffen bemühte.

Dem Grafen Rechberg, der damals in Wien an der Spitze der politischen Geschäfte stand, war diese gemeinsame Erhebung der deutschen Fürsten und Völker zu Gunsten des Hauses Augustenburg, dieses heftige Verlangen nach Zerreißung des dänischen Gesamtstaates, diese schändliche Verwerfung der wohl-erwognen Grundsätze, nach denen Oesterreich bisher immer in den deutsch-dänischen Streitigkeiten verfahren war, ein Greuel. Aber wie, wenn es den allgemeinen Wunsch zurückwies und sich Preußen dann an die Spitze der Bewegung stellte, dieses Preußen, das sich Rußlands vertrauter Freundschaft erfreute und von Frankreichs Schmeichelei umworben war, dessen leitenden Minister der Graf Rechberg von Frankfurt her als gefährlichen Gegner kannte, und dessen König seit Jahren über den dänischen Unfug und die deutsche Saumseligkeit zürnte? Deutlich kam bei der plötzlich ausgebrochenen Krisis alles auf Preußens Verhalten an, und so drängte Rechberg fort und fort in Berlin um Auskunft und Abrede über möglichst gleichmäßiges Vorgehen beider deutschen Großmächte.

Bismarck hatte es bisher niemals eilig mit einem Kriege gegen die Dänen gehabt und noch am 16. November den neuen König in Kopenhagen durch die Mahnung, der Verfassung vom 13. seine Billigung zu verweigern, thatsächlich anerkannt. Daß am 18. das Gegenteil geschah, eröffnete der Frage in Bismarcks Augen eine neue Zukunft. Diese schreiende Rechtsverletzung ermöglichte ihm, an die vollständige Befreiung der Herzogtümer zu denken, nur war der Weg, der dahin führte, für ihn ein ganz anderer als der, den die

Fürsten und die öffentliche Meinung in Deutschland eingeschlagen zu sehen verlangten. Bismarcks Anschauung ging dahin, daß es hier in erster Reihe auf die Beziehung Preußens zu den übrigen Großmächten und hier wieder vorzüglich auf die thätige Mitwirkung Oesterreichs ankomme. Wir haben, sagte er, 1849 erlebt, daß es übel ist, einer gegen vier zu stehen, zwei gegen drei ist ein besseres Verhältnis. Dazu aber gehörte, daß man zunächst nicht an dem Londoner Vertrage über die Thronfolge rüttelte; denn diesen erklärten Oesterreich und die fremden Großmächte für schlechthin rechtsverbindlich. Wohl aber hatte König Christian durch Sanktion der Novemberverfassung den deutschen Höfen einen von der Erbfolgefrage unabhängigen Kriegsfall geliefert, gegen den sich nichts einwenden ließ. An dieser Stelle also war einzusetzen; nur an diesem Punkte konnte man Oesterreich auf das Gleis der preussischen Politik herüber zu lenken hoffen. Oesterreich wollte die Thronfolge des Protokollkönigs und die ungeschmälerzte Erhaltung des dänischen Staates; nun wohl: Preußen stellte keine damit unverträgliche Forderung, wenn es Zurücknahme der Novemberverfassung, im Notfalle durch die Waffen erzwungen, begehrte. Hierzu war Oesterreichs Beistand zu erlangen, und im Bunde mit Oesterreich konnte man unter Umständen den Dänen den Krieg erklären, nach dessen Ausbruch alle frühern Verträge mit diesen hinfällig wurden. Man hatte dann zunächst nur noch den Staatsmännern in Wien die Lostrennung der Herzogtümer annehmbar zu machen; die andern Großmächte besaßen keinen Rechtsgrund mehr zur Einmischung. Anderseits aber vermied Preußen nur durch solches Vorgehen, sich für die erbrechtlichen Ansprüche eines Prätendenten im voraus zu verpflichten, und Sachkenner wußten, daß Bismarck sich für die Einsetzung eines neuen souveränen Fürsten unter dem Schirme des bisherigen Bundesrechts nicht im mindesten begeisterte und namentlich von einem Augustenburger Anspruch auf Schleswig-Holstein nichts hielt, da er 1852 den Verzicht des Chefs der Familie gegen eine Geldentschädigung vermittelt hatte. Kurz: trotz allen Stürmens der öffentlichen Meinung in Deutschland beschloß Bismarck, nicht die Thronfolge, sondern die Verfassungsfrage zum Ausgangspunkte des Verfahrens gegen Dänemark zu machen.

Er hatte damit die Politiker in Wien ganz richtig beurteilt. Man bezweifelte hier das Thronrecht Christians IX. so wenig, daß man es für billig hielt, dem neuen König Zeit zur Überlegung zu lassen und deshalb die vom Bunde beschlossene Exekution aufzuschieben. Ja man schrieb nach Berlin, man werde dankbar sein, wenn Preußen die Reserve für die Exekution, falls sie unvermeidlich würde, allein stellen wolle. Bismarck antwortete darauf mit der Frage, ob denn die Verträge von 1852 nicht ein untrennbares Ganze bildeten, bei dessen Bruch durch Dänemark die deutschen Mächte in jeder Beziehung freie Hand bekämen. Doch werde Preußen einstweilen von dieser Freiheit keinen Gebrauch machen, sondern am Londoner Protokoll festhalten, aber umso mehr

von Dänemark Erfüllung seiner Verpflichtungen in der Verfassungsfrage fordern, weshalb er auch auf Beschleunigung der Bundesexekution dringen müsse. In Frankfurt wurde es immer deutlicher, daß die große Mehrheit der Vertreter der Kleinstaaten zu den Augustenburgern hinneigte. Als die Gesandten der beiden deutschen Großmächte den Fortgang des Exekutionsverfahrens gegen Holstein und zugleich einen Einspruch gegen die neue dänische Verfassung zur Sprache brachten, erklärte Pforten, der Vertreter Baierns, von zahlreichen Stimmen unterstützt, weder Exekution noch Einspruch sei am Platze; denn man würde durch Exekution König Christian als rechtmäßigen Herzog von Holstein, durch Einspruch ihn als rechtmäßigen Herzog von Schleswig anerkennen. Da die Erbfolge aber streitig sei, so müsse der Bund nicht Exekution, sondern Okkupation verfügen, dann den rechtmäßigen Herzog ermitteln und anerkennen und endlich ihm, wenn nötig, mit Heeresmacht den Besitz von Schleswig verschaffen. Das Londoner Protokoll sei für den Bund, der es niemals zu Gesicht bekommen habe, nicht vorhanden. Österreich allein konnte Bundesbeschlüsse in diesem Sinne nicht verhindern, es mußte dazu des Beistandes Preußens sicher sein, und so vernahm Rechberg von Bismarck mit Freuden, daß er noch am Londoner Protokoll festhalte und nur rascheres Vorgehen in der Verfassungsfrage wünsche.

Der Wiener Hof entschloß sich demzufolge, um sich Preußens Unterstützung in der Erbfolgesache zu erhalten, mit ihm sofort zur Exekution zu schreiten, die nach Pfortens Behauptung den König Christian als rechtmäßigen Landesherren voraussetzte und deshalb selbst von dem eifrigen Friedensprediger Russell empfohlen wurde. So kam denn am 24. November zwischen Bismarck und Rechberg eine Übereinkunft zu stande, beim Bunde gemeinsam dahin zu wirken, daß die Exekution möglichst rasch vollzogen werde, wobei sich von selbst verstand, daß Österreich sich daran beteilige. So hatte denn Bismarck Österreich zum ersten Schritte auf der Bahn einer thätigen Politik in der Sache gebracht, und wenn man in Wien mit dem Hintergedanken daran gegangen war, in der engen Verbindung mit Preußen bei der Ausführung mäßigend wirken zu können, so durfte der Ministerpräsident in Berlin seinerseits hoffen, daß die Natur der Dinge Österreich in der neuen Richtung weiter führen werde. Auch die Nachrichten, die Bismarck in diesen Tagen von den übrigen Höfen der Großmächte erhielt, lauteten für seine Absichten günstig. Am wenigsten sicher erschien England: die Königin, die Schwiegermutter des Kronprinzen von Preußen und einer Tochter des Königs von Dänemark, hatte Mitgefühl für beide Seiten, beklagte die dänische Halsstarrigkeit und hielt doch Preußen für gebunden durch das Londoner Protokoll; im Herzensgrunde war sie für Erhaltung des Friedens. Auch Russell wünschte diese, gleichviel, unter welcher Bedingung. Palmerston schwieg vor der Hand, aber er war immer ein bösertiger Gegner Deutschlands gewesen, und seine Blätter griffen jetzt Preußen aufs heftigste an. Umso vor-

sichtiger bewahrte Bismarck seine gedeckte Stellung, als Ruffel durch den britischen Botschafter anfragen ließ, ob eine englische Vermittelung wohl Aussicht auf Annahme habe. Man wolle, sagte er, beim Bunde dafür stimmen, zweifle aber seit der neuesten Wortbrüchigkeit Dänemarks am Erfolge. In Paris sagte der Kaiser am 23. November zum preußischen Gesandten: „Ich habe von euch nichts zu verlangen, aber ihr werdet euch nicht verbergen, daß ihr in eurer jetzigen Lage nicht bleiben könnt. Preußen ist von Kleinstaaten umgeben, die seine Kraft nicht vermehren und seine Wirksamkeit hindern. Auf dem von mir vorgeschlagenen Kongreß könnten wir das gemeinsam erwägen.“ Dem Minister Drouyn de Lhuys empfahl Graf Goltz die Sache Schleswig-Holsteins, wo sich für Frankreich Gelegenheit biete, seine Hinneigung zum Rationalitätsprinzip zugleich mit seiner Achtung vor alten Rechten zu bethätigen. Der Minister bestätigte dies, bemerkte aber, Frankreich sei zur Zeit durch das Londoner Protokoll gebunden; auf dem Kongresse würde sich weiter darüber reden lassen. Als Goltz den Gedanken einer Teilung Schlesiens nach der Rationalität seiner Einwohner hinwarf, sodaß der Süden an Holstein fiel, erwiderte Drouyn de Lhuys, wenn diese möglich wäre, würde es besser sein, das neue Land zu einer preußischen Provinz als zu einem selbständigen Staate zu machen, er rate also die Ansprüche des Augustenburger nicht als unbestreitbar hinzustellen. Als er bei diesen Äußerungen auf Kompensation hindeutete, und Goltz entgegnete, Preußen habe kein Land zu vergeben, erwiderte der französische Minister, er habe nicht an territoriale Entschädigungen gedacht, die Kompensationen könnten auch in einer Geldzahlung an Dänemark, Verleihung einer hohen preußischen Stellung an den Augustenburger und in guten Diensten in andern Dingen bestehen. Damit war auf Österreich hingedeutet — eine Wendung, die Goltz im stillen gefiel, wogegen er hinsichtlich Schleswig-Holsteins nur wünschte, es möge gelingen, dessen Selbständigkeit unter dem Augustenburger gegen Österreichs Willen und nach dem Begehren der Kleinfürsten und der öffentlichen Stimmung in Deutschland durchzusetzen. In diesem Sinne sprach er — natürlich ohne Auftrag Bismarcks — nochmals mit Napoleon, der ihm dann zunächst erklärte, keine Partei nehmen zu wollen; die Frage eigne sich für den Kongreß, da dieser aber nicht viel mehr hoffen lasse, so denke er nur an Bündnisse und wünsche ein solches mit Preußen einzugehen, worauf Goltz entzückt erwiderte, die Übereinstimmung Preußens und Frankreichs fast in allen Fragen werde zuletzt von selbst dahin führen.

Ohne Zweifel war es für Bismarck angenehmer, mit Frankreich auf freundslichem statt auf gespanntem Fuße zu stehen. Aber dem Könige war der Gedanke einer Allianz mit Frankreich, die sich offenbar gegen Österreich richten sollte, an sich und jetzt, wo man sich bestrebt, den Wiener Hof für einen gemeinsamen Kriegszug gegen die Dänen zu gewinnen, ganz besonders zuwider. Der Vorschlag einer Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen aber war

ihm gleichfalls unerfreulich; er hatte seit Jahren das deutsche Volk in den Herzogtümern frei, die dort verpfändete deutsche Ehre eingelöst sehen wollen, war aber, wenn das Londoner Protokoll sich beseitigen ließ, bereit, sich mit dem Augustenburger zu verständigen. Das war jedoch eine Sorge für die Zukunft. Für jetzt war es deutlich, daß trotz Englands unentschlossenem Mißvergnügen Preußen, jetzt im Einverständnisse mit Österreich und ohne Sorge wegen Frankreichs und Rußlands, mit Anwendung von Gewalt gegen Dänemark einzuschreiten beginnen konnte. Wiederholt schon hatte Dänemark die Exekution als Kriegsfall bezeichnet, und kein Mensch, der die Kopenhagener Verhältnisse kannte, hielt die Wiederaufhebung der neuen Verfassung für möglich. Wenn Bismarck schon am 22. Dezember 1862 weitblickend gesagt hatte: „Die dänische Frage kann nur durch Krieg auf eine uns günstige Weise gelöst werden, und der Anlaß zum Kriege läßt sich in jedem Augenblicke finden, in dem unsere Stellung zu den Großmächten günstig ist,“ so war dank seiner umsichtigen Politik dieser Augenblick endlich gekommen.

Bald nachdem Österreich in die Beschleunigung der Exekution gewilligt hatte, gab es auch seinen Widerspruch gegen Bismarcks wichtigen Satz auf, daß die deutsche Verpflichtung durch das Londoner Protokoll mit der dänischen Vertragstreue in der Verfassungsfrage stehe und falle. Auch hier hatte das Drängen der Mittelstaaten benutzt werden können, die eifrig Stimmen gegen die Zulassung eines Bundestagsgesandten König Christians warben. Bismarck machte in Wien darauf aufmerksam, daß man wenig Aussicht habe, einen derartigen Beschluß zu verhindern, wenn man nicht einiges Entgegenkommen zeige und die Anerkennung Christians wenigstens an die Bedingung knüpfe, daß vorher die dänische Vertragspflicht in Sachen der Verfassung erfüllt sei. Rechberg erklärte sich damit einverstanden, und ebenso mit dem weiteren Vorschlage Bismarcks, den Bruch der dänischen Zusagen erst mit der praktischen Einführung der neuen Verfassung als vollzogen anzunehmen. Das erschien mild und versöhnlich, aber ein solcher Aufschub verpflichtete mittelbar zu um so kräftigerer Mitwirkung nach jenem Termin.

Die wahre Bedeutung des Bismarckschen Vorschlages wurde damals nirgends begriffen, auch in Wien nicht. Wer wie Österreich eine friedliche Lösung wünschte, hatte allen Grund, so schnell wie möglich in Kopenhagen Rücknahme der Novemberverfassung durch ein Ultimatum zu verlangen; denn nur bis zum 31. Dezember gab es einen Reichstag, der die Rücknahme gesetzlich beschließen konnte, vom 1. Januar an war sie nur durch den Reichstag der neuen Verfassung zu bewerkstelligen, dessen Zusammentreten die deutschen Mächte als Kriegsfall bezeichneten. Nur ein Staatsstreich konnte dann den Frieden erhalten, und wie hätte König Christian einen solchen Schritt wagen können? Am 28. November verhandelte der Bundestag über die Zulassung eines Gesandten Christians, und die beiden Großmächte, die sich dafür erklärten,

wurden überstimmt. Die öffentliche Meinung in ganz Deutschland sprach sich stürmisch im Sinne der Mehrheit und hochentzündet über Preußen und Österreich aus. Bismarck hatte dagegen wenig einzuwenden; denn es diente ihm, Österreich an seiner Seite festzuhalten, die eigene Mäßigung vor den fremden Großmächten ins günstigste Licht zu stellen und zugleich Europa aufmerksam zu machen, daß mit der Aufregung der deutschen Nation zu rechnen sei. Die Hindeutung auf diese Notwendigkeit that nicht bloß bei Napoleon, sondern auch in England ihre Wirkung, dessen Gesandte in Berlin und Kopenhagen mit drohenden Redensarten erklärten, es werde keine deutsche Einmischung in die innern Angelegenheiten Dänemarks und keine Abweichung vom Londoner Protokoll dulden. Natürlich steigerte dies den Starrsinn und die Kampflust der Dänen, wogegen Bismarck wieder nichts einzuwenden hatte. Am 1. Dezember setzte er dem preussischen Abgeordnetenhaus seine Politik hinsichtlich Schleswig-Holsteins aus einander und rief dadurch eine zweitägige Verhandlung hervor, in der alle Töne der nationalen Bewegung aufs stärkste erklangen: das legitime Erbrecht der Augustenburger, der Umstand, daß der deutsche Bund das Londoner Protokoll nie anerkannt hatte, die vertragswidrigen Maßregeln Dänemarks, wozu noch die Erbitterung der Mehrheit des Hauses über das „verfassungswidrige“ Ministerium und ein tiefes Mißtrauen gegen den guten Willen Bismarcks in der schleswig-holsteinischen Sache kamen, die er früher so heftig verurteilt hatte. Leider konnte er dem hohen Hause jetzt nicht mitteilen, welcher Art seine letzten Ziele seien, und so beschloß dieses mit 231 gegen 65 Stimmen: die Ehre und das Interesse Deutschlands fordern es, daß sämtliche deutsche Staaten den Erbprinzen Friedrich als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm in der Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisten.

Selbstverständlich war das für das weitere Verfahren der Regierung nicht entfernt maßgebend, es konnte nur die Hinneigung des Königs zu dem Augustenburger schwächen. Zunächst kam alles auf die Erlangung des Bundesbeschlusses für die sofortige Exekution an, und diese wurde durch identische Noten Preußens und Österreichs erreicht. Sie richtete sich gegen König Christian als Herzog von Holstein und sollte ihn zur Ausführung der Bundesbeschlüsse von 1860 und 1863, d. h. zu einer guten Einordnung der Elbherzogtümer in den dänischen Gesamtstaat nötigen, was freilich viel weniger als das „Los von Dänemark!“ bedeutete. So war denn ein erster wesentlicher Erfolg der Bismarckschen Politik im Mittelpunkte der Gegenpartei errungen. Auch die gleichzeitigen Ereignisse im Auslande bestätigten die Wichtigkeit der bisher von Preußen eingenommenen Stellung und begünstigten die aus ihr zu entwickelnde Thätigkeit. Das englische Kabinet hatte endlich den großen Kongreß Napoleons abgelehnt (25. November). Der Kaiser fühlte sich dadurch schwer verletzt, wütete gegen Russell, prophezeite dem gleichdenkenden Österreich aller-

hand Drangsal und erneuerte dem preußischen Gesandten seine Anerbietungen vertrauter Freundschaft. Als ihn der Erbprinz von Augustenburg in einem demütigen Schreiben um seine Unterstützung anging, lehnte er die Bitte mit dem Hinweis auf das Londoner Protokoll ab, bezeichnete aber die nationalen Bestrebungen des deutschen Volkes als berechtigt. Zu derselben Zeit forderte er, um sich an England zu rächen, die großen festländischen Höfe auf, ihre leitenden Minister zu einer Verständigung über alle schwebenden Fragen zusammenzutreten zu lassen. Es war klar, daß es zu gemeinsamem Handeln Frankreichs und Englands nicht sobald kommen würde, daß Napoleon zur Zeit der preußischen Politik nicht in den Weg zu treten gedachte, und daß seine feindselige Haltung gegen Österreich dieses auf die Pflege guter Beziehungen zu Preußen und damit auf fortgesetzte Unterstützung der preußischen Politik gegen Dänemark hinwies. Bismarck wollte zwar von der vertrauten Freundschaft Napoleons nichts wissen, aber auch nicht durch kahle Ablehnung die günstige Stimmung des Imperators verscherzen. Er antwortete, Preußen habe nichts gegen die Ministerkonferenz, aber allerdings würden die andern Mächte dort keine Verhandlung über die polnische, die rumänische und die venetianische Frage gestatten, es bleibe daher nur die dänische übrig, und zu deren Erledigung müsse England hinzugezogen werden. In Paris fand man zwar, daß auf diese Weise die Konferenz viel von ihrem beabsichtigten Charakter verliere, freute sich aber doch über das Entgegenkommen Preußens, das stets bemüht sei, Schwierigkeiten wegzuräumen, während andre lieber welche erfinden. Aber auch von diesen andern empfing Preußen dann lebhaften Dank, daß es den neuen Plan Napoleons durch Umarbeitung unschädlich gemacht habe, und einmütigen Beifall für den Vorschlag, die dänische Frage einer Konferenz der Großmächte vorzulegen.

Diese waren jetzt im Begriffe, wie herkömmlich, dem neuen Könige von Dänemark durch besondere Gesandte zu seiner Thronbesteigung Glück zu wünschen, und Gortschakoff schlug vor, der dänischen Regierung bei dieser Gelegenheit darlegen zu lassen, daß die deutschen Mächte das Londoner Protokoll nur unter der Bedingung der bekannnten Verfassungszusagen unterzeichnet hätten, Dänemark also durch deren Verletzung und die Einverleibung Schleswigs seinen Freunden jede Unterstützung bei einem hierüber ausgebrochenen Kriege unmöglich machen würde. Der russische Staatsmann wollte nicht, daß Dänemark zerstückelt und die Ostsee so „in ein deutsches oder schwedisches Binnenmeer verwandelt werde,“ sah aber auch, daß die Dänen den deutschen Höfen gerechten Grund zum Kriege gegeben hatten, und beantragte aus beiden Rücksichten gemeinsamen Druck auf die dänische Regierung. Napoleon nahm das kühl auf, dagegen griffen Österreich und England freudig zu, nur hielt Russell es für zweckmäßig, daß zunächst nur die drei neutralen Mächte in der von Gortschakoff angeregten Weise vorgingen; und jetzt zur Abwechslung wieder

einmal deutschfreundlich, empfahl er, die betreffenden Spezialgesandten vorher erst Rücksprache mit Bismarck nehmen zu lassen. Gortschakoff war damit einverstanden, und der preussische Ministerpräsident fand so Gelegenheit, erst dem russischen Spezialgesandten, Baron Ervers, dann dem englischen, Lord Wodehouse, seinen Standpunkt in der Sache klar zu machen. Die Gesandten richteten darauf ihren Auftrag in Kopenhagen aus, aber ohne Erfolg, wie Bismarcks Scharfblick vorausgesehen hatte. König Christian wollte zwar die Aufhebung der Novemberverfassung beantragen lassen, fand aber keinen Minister dazu. Hall nahm seine Entlassung, und da kein anderer es wagte, der Volksstimmung zu trotzen, griff der König wieder in die Reihe der Eberdänen zurück und stellte Bischof Monrad, den bisherigen Kultusminister, der noch rücksichtsloser als Hall war, an die Spitze des Kabinetts. Dieser verweigerte die Rücknahme der Novemberverfassung, und Dänemark war nun auf den Krieg gefaßt.

Unterdessen hatten sich die Dinge in Deutschland in ähnlicher Weise weiter bewegt. Der Bundesbeschluß vom 7. Dezember, der die Exekution in Holstein verfügte, hatte überall große Entrüstung erregt, und um dieser einen leitenden Mittelpunkt zu geben, erließen die Führer des Nationalvereins und des großdeutschen Reformvereins an alle Mitglieder der deutschen Landtage die Aufforderung, am 21. Dezember in Frankfurt zu einer großen Versammlung zu erscheinen, die über die gesetzlichen Mittel zur Durchführung der Rechte Schleswig-Holsteins beschließen sollte. Eine Volksversammlung in Augsburg forderte den König von Baiern auf, sich an die Spitze der deutschen Nation zu stellen, sein Heer nach Schleswig-Holstein zu schicken und dort den Herzog Friedrich einzusetzen. Die Kammern der Einzelstaaten wetteiferten in Adressen und Resolutionen ähnlichen Inhalts, und mehrere Regierungen schlossen sich unumwunden an, einige mit Maßregeln von scharfer praktischer Bedeutung. König Max erklärte auf die Augsburger Adresse in einem Handschreiben an seinen Minister, überzeugt von dem guten Rechte der Augustenburger sei er bereit, bei dem Bunde und mit ihm für die Durchführung der hiernach erforderlichen Politik einzustehen, wobei er vor allem hoffte, jetzt von den hochgehenden Wellen der Volksgunst getragen, an die Spitze des dritten Deutschlands zu gelangen und damit den alten Lieblingsplan der Trias zu verwirklichen. Am 12. Dezember forderten die vier Exekutionsregierungen (Preußen, Österreich, Sachsen und Hannover) Dänemark auf, seine Truppen aus Holstein zurückzuziehen. Am 14. genehmigte der Bund die von Preußen vorgelegte Instruktion für die beiden Zivilkommissare, die während der Exekution das Land nach den bestehenden Gesetzen verwalten sollten. Am 24. rückten die 12000 Sachsen und Hannoveraner des Exekutionskorps über die Grenze, und da die Dänen vor ihnen ohne Gegenwehr, friedlich wie bei einer Wachablösung abzogen, war noch vor Jahreschluß ganz Holstein von deutschen Truppen

besezt. Zu gleicher Zeit rief die Bevölkerung den „Herzog“ Friedrich zum Landesherrn aus und verjagte die Beamten und Geistlichen, die dem Könige Christian gehuldigt hatten. Die Zivilkommissare verboten dies anfangs. Als sich aber das Volk nicht daran kehrte, drückten sie die Augen zu, und als der Erbprinz von Augustenburg gegen Ende des Jahres in Kiel selbst erschien und bald nachher „Minister“ einsetzte, traten die Kommissare allmählich zu ihm in vertrauliche Beziehungen und ließen sich von den Räten desselben bei der Besetzung der leer gewordenen Beamtenstellen beeinflussen.

An die Spitze der Verwaltung trat eine „Landesregierung,“ die zwar die Befehle der Kommissare zu vollstrecken hatte, aber viele Geschäfte selbständig zu entscheiden befugt war und wie die neuen Unterbeamten nur aus Anhängern des Augustenburgers bestand. Jede ihm abgeneigte Meinung wurde durch eine Masse von „Schleswig-Holsteinischen“ und „Kampfgenosservereinen,“ die rasch aufgeschossen waren, terrorisirt. Kurz, die Exekution verwandelte sich schnell in eine Okkupation. Das konnte in London und Petersburg nicht erfreuen, erregte aber in Deutschland fast allenthalben Jubel, und in der Mehrheit der Mittelstaaten waren Regierung und Volk eifrig dabei, die Sache des Kieler Prätendenten weiter zu fördern. Baiern sollte nach Beschluß einer Ministerkonferenz in München schleunige Prüfung des Augustenburgischen Erbrechts verlangen; wenn rasche Anerkennung desselben erreicht werde, sollte der Bund die Okkupation beider Herzogtümer verfügen, und wollten Preußen und Oesterreich nicht, so sollten die Truppen der Mittelstaaten Dänemark allein zwingen. Der Abgeordnetentag, der am 21. Dezember in Frankfurt zusammentrat, ging hiermit Hand in Hand und setzte einen Ausschuß von sechsunddreißig Mitgliedern als Mittelpunkt der gesetzmäßigen Thätigkeit der deutschen Nation für Schleswig-Holstein und Friedrich VIII. ein. Gesetzmäßig, nicht revolutionär; denn Beust, der damalige Führer der mittelstaatlichen Regierungen, hatte offen erklärt, sie könnten der Bewegung des Volkes nicht widerstehen, müßten sich also an ihre Spitze stellen. Die herrschende Vorstellung war nun: Anerkennung des „Herzogs“ durch den Bund, Zug des Königs May mit seinem Heere nach Norden, Anschluß Württembergs und Badens, dann Darmstadts und Sachsens, zuletzt ganz Norddeutschlands an den patriotischen Strom, der auch die Bevölkerung Preußens mit sich fortreißt. Wenn nicht bloß gutmütige und unerfahrene Volksvertreter, sondern auch einige leitende Staatsmänner sich damals mit solchen Gedanken trugen, so sollte sich bald zeigen, daß sie Irrlichtern, Stimmungsbildern ohne allen Boden in der prosaischen Wirklichkeit folgten, während Bismarck auf dem rechten Wege war.

